

Die Weltwirtschaft nach Brexit und den US-Wahlen

Nach den Wahlen in den USA und der Entscheidung der Briten zum Brexit steht die Weltwirtschaft zu Beginn des Jahres 2017 vor vielfältigen Herausforderungen.

Der Brexit wird die Produktion und die Absatzmärkte einiger großer deutscher Unternehmen beeinflussen. Auf politischer Ebene verschieben sich durch den geplanten Austritt Großbritanniens die Gleichgewichtsverhältnisse in der EU.

In Deutschland stehen TTIP und CETA in der Kritik. Geäußert werden grundlegende Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit solcher Abkommen mit demokratischen Prinzipien sowie mit dem Umwelt- und Verbraucherschutz. Der Welthandel der Zukunft – wie soll er aussehen, wie gestaltet werden?

Das Wirtschaftsreferat an der Evangelischen Akademie Tutzing hatte in einer gemeinsamen Tagung mit dem Münchner ifo-Institut zu dem Thema „Weltwirtschaft nach Brexit und US-Wahlen - Perspektiven 2017“ vom 3. bis 5. Februar 2017 eingeladen und versucht, eine Antwort auf diese Frage zu finden.

Neue Perspektiven für die Weltwirtschaft nach der US-Wahl

Jennifer Gavito, Generalkonsulin der USA, ist der Meinung, dass der neue Präsident der USA zu allererst die Grenzen seines Landes schützen und potenzielle Feinde abwehren will. Dazu gehöre auch die amerikanischen Interessen durchzusetzen, etwa bei der komplexen Lage im Nahen Osten, beim Klimawandel oder eben beim Wirtschaftswachstum. „Es wird eine Weile dauern, bis wir die Schwerpunkte seiner Politik erkennen werden, auch ich habe noch keine klare Sicht der Dinge“, betonte die Generalkonsulin. Fest steht aus ihrer Perspektive jedoch, dass Donald Trump zunächst einmal die Unternehmenssteuer in den USA senken will. Sodann möchte er die Handelspolitik verändern und die US-Exporte stimulieren. Damit einhergehen soll ein Abbau des Handelsdefizits. Neue Arbeitsplätze sollen in den USA geschaffen werden, und statt TTIP wird sich das Land auf bilaterale Handelsabkommen konzentrieren.

Jenseits des Atlantiks sind also Protektionismus und ein neuer Nationalismus das Gebot der Stunde. Doch „Dichtmachen“, betont Dr. Berend Diekmann, Referatsleiter USA, Kanada und Mexiko im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, „gefährdet die Gesellschaft. Wir sind alle auf Kooperation angewiesen.“ Ein Viertel aller Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Export ab. Im Gegensatz zu dem neuen US-Präsidenten glaubt die Bundesregierung an multilaterale Abkommen. So unterstützt sie z. B. uneingeschränkt das CETA-Abkommen. „Wir haben es geschafft, die kanadischen Provinzen mit einzubeziehen und den Umweltschutz vertraglich zu sichern“, sagte Diekmann. Im Hinblick auf die USA hält es Referatsleiter Diekmann für unabdingbar, mit den USA weiter zu verhandeln, denn immerhin nehmen die Vereinigten Staaten Waren unserer Exporte in Höhe von 114 Mrd. Euro ab. Die Kündigung des Transpazifischen Freihandelsabkommens TPP sei ebenfalls ein großer politischer Fehler gewesen, weiß Diekmann zu berichten. Das Handelsabkommen TPP war ein Herzstück der Agenda von Trumps Vorgänger Barack Obama, der damit die Verbindungen zwischen den USA und Asien stärken wollte.

Auch das Freihandelsabkommen NAFTA will der neue US-Präsident mit seinen Nachbarländern Mexiko und Kanada neu verhandeln, um bessere Konditionen für die USA

herauszuholen. Fast 16 Prozent der US-Exporte werden nach Mexiko geliefert. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Nachbarländern betrug zuletzt 532 Milliarden US-Dollar. „Es kann aber nicht im Interesse der Amerikaner sein, Mexiko zu destabilisieren“, erläuterte Berend Diekmann, und fügte abschließend hinzu: „Wir brauchen gerade jetzt ein starkes Europa und eine starke EU-Kommission, die mit den USA auf Augenhöhe verhandelt.“

Der Welthandel der Zukunft

Mit Blick auf die Zukunft des Welthandels stellt Professor Gabriel Felbermayr, Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft des ifo-Instituts, fest, dass sich die Globalisierung nicht rückabwickeln lässt und wir uns deshalb stärker mit den Risiken auseinandersetzen müssen. Es gibt Gewinner der Globalisierung, das sind unstrittig die weltweit operierenden Großunternehmen, die Global Player, und es gibt die Verlierer. Hierzu zählen vor allem die Geringverdiener, die Minijobber, Arbeitslose und Kleinunternehmen. Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der USA konstatiert Felbermayer: „Abschottung wird nicht zum Erfolg führen. In einer globalisierten Welt müssen wir kooperationsfähig und kompromissfähig sein.“ Ähnlich sieht es Lutz Güllner, Referatsleiter in der Generaldirektion Außenhandel in der Europäischen Kommission. Er kommt zu dem Schluss, dass die EU wirtschaftlich der stärkste Block der Welt ist und mit nahezu allen Ländern der Erde Handel treibt. Hingegen haben die USA massiv im Welthandel verloren und verzeichnen weltweit das größte Defizit: Ein Minus von 478 Milliarden Dollar führen die Amerikaner nach Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts allein im vergangenen Jahr ein. Die USA importieren also wesentlich mehr Waren, als sie ausführen.

Petra Pinzler, Hauptstadtkorrespondentin der ZEIT, erklärt, dass man die Globalisierung und den Welthandel bislang als Naturgesetz betrachtet habe, das man nicht verändern kann. „Mit Trump ist das jetzt vorbei. In der Handelspolitik wird es ab jetzt ruppiger. Die Spannungen werden steigen.“ Europa sollte Trump eine andere Form der Handelspolitik entgegensetzen, die fair ist, d.h. die Umwelt stärker mit einbezieht und die Verteilungsfragen mehr berücksichtigt. Und Felbermayr fügte hinzu: „Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus. Ärmere Länder dürfen nicht brutal unter die Räder kommen. Auch müssen wir eine Wirtschaftsinnenpolitik stärker ausbauen, um die Ungleichheiten auszugleichen.“

Europa nach dem Brexit

Der Autokonzern BMW sieht heute noch keinen Grund, Konsequenzen aus dem geplanten Brexit oder den von US-Präsident Donald Trump angedrohten Strafzöllen zu ziehen. „Wir führen keine Debatte über eine Verlagerung oder Schließung eines Standorts“, sagte Thomas Becker, Leiter für Politik und Außenbeziehungen bei BMW. „Wir haben kein Anlass, in Extremszenarien zu denken.“ China, die USA, Deutschland und Großbritannien seien die vier größten Märkte für BMW. Zugleich sei BMW mit seinem US-Werk in Spartanburg der größte Autoexporteur der USA — alle X3- und X5-Modelle auf deutschen Straßen seien in den USA produziert, sagte Becker. Weil BMW ab 2019 auch in Mexiko ein Werk eröffnen will, hat Trump dem Konzern mit 35 Prozent Strafzoll gedroht.

Extrem schwierig sei für BMW jedoch der Austritt Großbritanniens aus der EU, denn dort baut der Konzern auch den Mini, größtenteils für den Export. Wenn die Briten eigene technische Standards einführen würden, Zoll für die Einfuhr von Bauteilen erhöhen und Drittländer nach dem Brexit Zoll für Autos aus Großbritannien kassierten, gäbe das große

Probleme. Zwar „liegen bei uns momentan keine größeren Investitionsentscheidungen an“, erklärte Becker, aber „wir brauchen schnell Klarheit über Weichenstellungen“ der Politik. Auch nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hält die BMW Group am neuen Werk in Mexiko fest. Am Standort San Luis Potosi soll ab 2019 vor allem der BMW 3er G20 vom Band laufen – die Planungen sprechen schon jetzt von 150.000 Einheiten pro Jahr.

Dass der Brexit schlecht für die Briten selbst sei, erklärte Ulrike Herrmann, Wirtschaftskorrespondentin bei der taz. Die Engländer leben über ihre Verhältnisse. Sie importieren mehr als sie exportieren. Jedoch bliebe da noch der Finanzstandort City of London, eine Steueroase, die Finanzdienstleistungen jeglicher Art anbietet. „Doch eigentlich benötigt niemand ihre Dienstleistung, Derivate zu verhökern“, schlussfolgerte Herrmann, denn „Derivate lassen sich auch in Frankfurt oder Luxemburg handeln.“ Wenn sich das Finanzdienstgeschäft in der Folge des Brexit auf den Kontinent verlagert, „wären etwa 700.000 Arbeitsplätze in der City direkt oder indirekt in Gefahr“, so Herrmann.

Für den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, ist klar, dass weder der Brexit noch die Präsidentschaftswahlen in den USA zu größeren wirtschaftlichen Irritationen in Deutschland geführt haben. „Wir haben ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent, eine geringe Arbeitslosigkeit und die Sozialkassen laufen. Der Euro-Raum ist verhältnismäßig robust“, betonte Fahrenschon. Gleichwohl hat der Brexit Auswirkungen auf die EU. Wenn die Wirtschaftsleistungen Großbritanniens aus der EU herausgenommen werden, geht die Wirtschaftsleistung insgesamt zurück.

Und wenn in den USA die Zinsen steigen und Deutschland bei Null Prozent Zinsen auf Ersparnis bleibt, wird das Geld der Welt in die USA abfließen, folgerte der Sparkassen-Präsident. Wichtig sei jetzt eine langsame Umkehr. Dazu gehört, dass die Politik die wirtschaftlichen und finanziellen Sicherheitsbedürfnisse der Menschen ernster nehmen muss und wir der Wohlstandsverteilung mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander. „60 % der Sparkassenkunden haben am Ende eines Monats nichts mehr auf ihrem Konto“, betonte Georg Fahrenschon.

Die US-Wahlen und der globale Klimaschutz

Weltweit wurden die Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika mit großer Sorge auch von den Natur- und Umweltschützern betrachtet. Sie befürchten, dass bislang Erreichtes und erarbeitete Standards im Klimaschutz nun aufgeweicht und einer Zukunft geopfert werden, die wieder weniger an Nachhaltigkeitskriterien orientiert ist. Dr. Sabrina Schulz ist Geschäftsführerin E3G-Third Generation Environmentalism in Berlin. Sie meint: „Wir brauchen eine internationale Klimapolitik und Klimadiplomatie. Auf die USA können wir seit Trump nicht mehr bauen, denn die USA hält sich ab jetzt nicht mehr an die Klimakonventionen.“ Donald Trump will das Pariser Klimaabkommen aufkündigen, Investitionen der US-Regierung in Klimaschutz stoppen und den Clean Power Plan seines Vorgängers Barack Obama stoppen. Darüber hinaus setzt der neue US-Präsident weiterhin auf die Kohleverstromung. Trump kann zwar die nachhaltigen Energieformen nicht aufhalten, aber er kann die internationalen Verhandlungen verlangsamen. Die USA werden folglich die Bremser in der internationalen Klimapolitik sein.

Unter diesen Bedingungen komme der EU und insbesondere auch China eine besondere Bedeutung zu, erklärte Schulz. Die Abkehr von den fossilen Energieträgern braucht entscheidende Signale. Weg von der Kohle und hin zu nachhaltigen Energiesystemen – da könne Deutschland zum Vorreiter werden. China steht bereit, um die Führung in der

Klimapolitik zu übernehmen. Das Land setzt auf Multilateralismus und Globalisierungschancen. Und China wird zum Weltmarktführer der Elektromobilität. Darüber hinaus wird das Riesenreich seinen Kohlekonsum massiv senken. Wenn Europa und China wirklich wollen, dann können sie die Weltklimapolitik maßgeblich vorantreiben, so die Ökologin Schulz. Dass der Klimaschutz eilt, steht fest, denn in den nächsten Jahren wächst die Weltbevölkerung auf 9 Mrd. Menschen an.

Die Wirtschaft und der Populismus

In vielen Ländern Europas befinden sich rechte und rechtspopulistische Kräfte auf dem Vormarsch. Treibender Faktor ist die Globalisierungsangst vieler Menschen. Hinzu kommen die Abgabe der Souveränität an die EU, Migration und kulturelle Konflikte sowie gesellschaftliche Ungleichheiten und eine oftmals negative Medienberichterstattung, erklärte Dr. Nayla Fawzi, Kommunikationswissenschaftlerin an der Münchner Universität. Ihrer Meinung nach ist Trump ebenfalls ein Populist, „der das Volk gegenüber dem Rest der Weltgemeinschaft abgrenzt mit dem Slogan: Make America great again.“

Wie ist es um Europa bestellt? Scheitert die europäische Integration am Populismus? Für den Philosophen Prof. Michael Reder steht fest, dass die Politik sich nicht die Mühe gemacht hat, die großen Themen anzupacken, etwa die Globalisierung oder Europa als Ganzes. Der Populismus versuche nun, die globalisierten Themen zu vereinfachen und „dem Volk schmackhaft zu machen.“ Dagegen helfe nur eines, sagte Reder: „nachdenken“. Für den Wirtschaftswissenschaftler und früheren Präsidenten des ifo-Instituts in München, Hans-Werner Sinn, ist Populismus das „Unwort des Jahres 2016.“ Das Wort tauche überall auf als Kritik von Menschen an der Welt, die etwas anderes wollten. War jeder, der etwas anderes wollte, ein Populist? Die 68er-Bewegung oder die Grünen?, fragte Sinn. Für ihn steht fest, dass die Wahlen in den USA oder der Brexit nur bedingt etwas mit dem Populismus zu tun hätten, sondern vielmehr „auf ökonomische Verwerfungen in den beiden Ländern“ zurückzuführen seien.

Kritik an den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen, die dem Populismus weiter Vorschub leisten würden, übte taz-Redakteurion Ulrike Herrmann. Sie wies in ihrem statement darauf hin, dass die meisten Menschen in Deutschland nur ihr Einkommen hätten, aber keine Ersparnisse. Die Volkswirtschaften in Europa würden immer reicher, aber der Reichtum käme bei den Menschen nicht an. Ihr Fazit: „Wenn wir die Demokratie retten wollen, müssen wir einen gerechteren Weg finden, wie wir den erwirtschafteten Reichtum verteilen wollen.“

Axel Schwanebeck